

# GEWERKSCHAFTS- JUGEND RUFT AUF:

## 7.3.72: DEMONSTRATION GEGEN FAHRPREISER- HÖHUNG UND PRIVATISIERUNG DER STADTWERKE

Die Jugendgruppen der IG-Metall, ÖTV, Handel-Banken-Versicherungen, Druck und Papier, Mitglieder der IG-Chemie und die Jugendgruppen der DAG haben beschlossen, gemeinsam gegen die geplante Privatisierung der Stadtwerke und Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr vorzugehen.

Die Gewerkschaftsjugend schreibt in ihrer Resolution:

"Wir sehen in der Erhöhung der Tarife im städtischen Nahverkehr und der geplanten Privatisierung der Stadtwerke einen Angriff auf das Realloohniveau der Arbeiter und Angestellten."

Was bedeutet dieser Angriff für die Arbeiter?

Wenn z.B. ein Arbeiter jetzt durch die 7,5% Lohnerhöhung 40 DM mehr im Monat bekommt und die Sichtkarten für die Nahverkehrsmittel um 9 DM (d.h. 30%) teurer werden, dann ist ein Viertel der Lohnerhöhung schon wieder weg.

Gegenüber den allseitigen Angriffen der Kapitalistenklasse auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse kommt es gerade gegenwärtig darauf an, im gewerkschaftlichen Kampf die ganze Kraft der arbeitenden Klasse zu entfalten.

"Unsere Abwehrmaßnahmen müssen von da ausgehen, wo wir stark sind, vom Betrieb."

"Wir gehen davon aus, daß die Abwehr von allen Preiserhöhungen, auch die der Fahrpreise, gewerkschaftliche Aufgabe ist." (Gewerkschaftsj.)

Wir unterstützen die Initiative der Gewerkschaftsjugend. Die geplanten Tarifierhöhungen treffen auch Studenten und Schüler, und unter ihnen wieder diejenigen besonders hart, die Kinder von Arbeitern und Angestellten sind.

Wir unterstützen die Initiative der Gewerkschaftsjugend, weil der gewerkschaftliche Kampf die Perspektive für die Arbeiterklasse weist: als Klasse eine geschlossene Kampffront gegen die Kapitalisten und ihren Staat zu bilden.

Apelle an den Stadtrat werden die Tarifierhöhungen nicht verhindern! Stadtrat und Bundesregierung sind nicht neutrale, unabhängige Instanzen über den Klassen, sondern Sachwalter des Kapitals.

Die gegenwärtige Regierung versucht im Interesse des Kapitals mit allen Mitteln den ökonomischen Kampf der Arbeiter einzudämmen und den politischen zu verhindern.

- Gewerkschafter, die die Interessen ihrer Klasse vertreten, sind von fristloser Entlassung bedroht.
- Schwarze Listen gehen zwischen den Betriebsleitungen hin und her und sorgen dafür, daß 'unliebsame Elemente' keine Anstellung mehr finden.

UNTERSTÜTZT DIE DEMONSTRATION DER GEWERKSCHAFTSJUGEND

- Das neue Betriebsverfassungsgesetz verbietet die freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb.
- Politische Organisationen, die die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, werden als 'Terroristen' bezeichnet und mit Faschisten gleichgesetzt, um die Bevölkerung gegen sie aufzuhetzen; das ist die zynische Propagandamethode der herrschenden Klasse, die diejenigen, die ihre uneingeschränkte Herrschaft angreifen, als 'Terroristen' verschreit, um ihre eigenen terroristischen Unterdrückungsmaßnahmen zu 'legitimieren'.
- Fortschrittliche Lehrer, Juristen, Ärzte usw., die ihre demokratischen Interessen vertreten und die Kämpfe der Arbeiter unterstützen werden von nun ab - so wollen es die Ministerpräsidenten der Länder mit dem BERUFSVERBOT - nicht mehr in das Beamtenverhältnis übernommen; weil der Referendar LAUX in Hamburg für Mitbestimmung eingetreten war, konnte er nicht Beamter werden!
- Für unsere Situation bedeutet das: Jeder Lehrer, der seine Klasse auffordert, den berechtigten Protest der Gewerkschaftsjugend gegen die Fahrpreiserhöhung durch Teilnahme an der Demonstration zu unterstützen, ist mit dem Berufsverbot bedroht und in seiner Existenz gefährdet.
- Mit dem neuen HOCHSCHULRAHMENGESETZ ist auch uns Studenten die freie politische Betätigung an der Hochschule nicht mehr garantiert. Das Ordnungsrecht wird verschärft.
- An der UNI-MÜNCHEN müssen politische Organisationen schon die Genehmigung des CSU-Rektors für jedes Flugblatt, das sie verteilen wollen, einholen!

HRG und Berufsverbot sollen diejenigen Kräfte eliminieren und zum Schweigen bringen, die die uneingeschränkte Herrschaft der Kapitalistenklasse angreifen, die die Phrase der angeblichen Freiheit und Gleichheit durchschauen und als Lehrer z.B. nicht bereit sind, solche Phrasen den Schülern einzupauken.

Wenn heute in Freiburg die Arbeiterjugend gegen die Tarifierhöhungen demonstrieren will, so unterstützen wir sie dabei voll und ganz!

Und unser Kampf auf der Universität gilt den Gruppierungen, die wie RCDS, DM und BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT Handlanger des Kapitals sind.

Der RCDS ist doch nichts anderes als der Propagandist der herrschenden Klasse, wenn er sagt, die Aktion-Roter-Punkt sei der "Nährboden linker Gruppen", und dann alle warnt, "sich nicht zum Spielball und Werkzeug links- oder rechtsextremer Gruppen machen zu lassen". Das ist der Stil der Erklärung der Ministerpräsidenten der Länder zum BERUFSVERBOT für "links- oder rechtsextreme" Kräfte!

Die DEMOKRATISCHE MITTE, die selbst in der 'Bürgerinitiative Roter Punkt' sitzt, verschleiern im Dienst des Kapitals mit folgender Forderung die wirklichen Kampffronten: "Jeder Versuch gewisser radikaler Kräfte, aus dieser (RP-)Aktion parteipolitisches Kapital zu schlagen, muß entschieden abgewehrt werden, da hier allgemeine Interessen durchgesetzt werden sollen."

Sollen die Interessen aller Klassen hier durchgesetzt werden? - Wir begreifen sehr gut: Von allgemeinen Interessen reden - die Interessen des Kapitals durchsetzen! das ist die Politik der DM!

Ist doch bekannt, daß führende Studenten der DM-Freiburg den Arbeitskreis "Student und Gesellschaft" mit aus der Taufe hoben, der - finanziert von Arbeitgeberpräsident FRIEDRICH, Ruhrbischof HENGSBACH und Der CDU - es sich zum Ziel gemacht hat, das "Unternehmerbild bei den Studenten zu verbessern".

Wie ist es möglich, daß Mitglieder einer Gruppierung, die so offen die Interessen des Kapitals vertritt, in der Bürgerinitiative sitzen können, der Bürgerinitiative, die es sich doch zum Ziel gemacht hat, die Tarifierhöhungen und die von den Kapitalisten gewünschte Privatisierung der Stadtwerke zu verhindern??

Offenbar beteiligt sich die DM an der Bürgerinitiative nur, weil sie weiß, daß die Bürgerinitiative von vorneherein zum Scheitern verurteilt ist.

Daß die DM sich aber überhaupt an der Bürgerinitiative beteiligen kann, liegt an der völlig fehlgeleiteten politischen Konzeption dieser Versammlung.

Angeblich um dem Bewußtsein der 'breiten Bevölkerung' nicht wehe zu tun, vermeidet es die Bürgerinitiative ängstlich, politische Positionen zu beziehen, sammelt willlos Mitglieder der verschiedensten Organisationen um sich (zeitweise sogar ein Mitglied der NPD) und erklärt sich - da alle nur 'Bürger' sind - zum "überparteilichen Gremium".

In ihrer Agitation kommt die Bürgerinitiative exakt der Forderung der DM nach, nämlich: "Die Aktion 'ROTER PUNKT' ist in erster Linie gegen die Stadtverwaltung zu richten".

Apelle an die Stadtverwaltung richten - das ist in der Tat der kleinste gemeinsame Nenner, auf dem sich die 'Bürger' zu einer 'Initiative' zusammenschlossen.

Auf einer von der Gewerkschaftsjugend einberufenen Versammlung aller Organisationen, die den Kampf gegen die Tarifierhöhungen führen wollen, begründete ein Vertreter der DKP die Richtigkeit der Bürgerinitiative damit, es ginge darum ein "breites momentanes Bündnis zu organisieren", das einen ebenso "momentanen Erfolg" erringen könne.

So schmalbrüstig, wie die Bürgerinitiative politisch ist, wir sie nicht einmal einen 'momentanen' Erfolg verbuchen, geschweige denn dem Kampf Perspektive geben. Das hat die Gewerkschaftsjugend richtig erkannt und mit dem Aufruf zu einer von ihr geführten gewerkschaftlichen Demonstration die praktischen Konsequenzen daraus gezogen.

Auf der von der Gewerkschaftsjugend einberufenen Sitzung aller Organisationen wurde deutlich, daß die Bürgerinitiative keine einheitliche politische Linie hat, sondern widersprüchlich und diffus ist: Eine klare Stellungnahme zur Initiative der Gewerkschaftsjugend konnte die Bürgerinitiative nicht abgeben. Sie wird am Dienstag kommender Woche über die Frage der Unterstützung der Gewerkschaftsjugend beraten. Allerdings scheint sich innerhalb der Bürgerinitiative die Einsicht durchzusetzen, daß es falsch gewesen sei, sich in der Agitation "nur an Stadtverwaltung und Staat zu richten" (so ein JUSO-Mitglied, das an der Bürgerinitiative teilnimmt).

Die politische Konsequenz aus dieser 'Selbstkritik' muß sein: Staat und auch Stadtverwaltung sind nichts anderes als Instrumente des Kapitals. Wir halten es für falsch, daß die Bürgerinitiative in Bezug auf den Schuldenberg der Stadt Freiburg von einer "seit Jahren falsch praktizierten Finanz- und Steuerpolitik durch Bund und Land" spricht. (so die inhaltlich von der BI übernommene Argumentation der DKP) Wir halten die staatliche Finanz- und Steuerpolitik für systematische und bewußte Politik der Regierung im Interesse des Kapitals. Wenn es also darum geht, den Kampf gegen die Tarifierhöhungen als Kampf gegen das Kapital und seinen Staat zu führen und ihn als solchen zu propagieren, dann müssen heute alle Organisationen die Initiative der Gewerkschaftsjugend unterstützen, weil sie und nur sie dem Kampf gegen die Angriffe auf das Reallohniveau der Arbeiterklasse Perspektive gibt.

Wir halten es für falsch, mit einer Sonderdemonstration der Bürgerinitiative die Kräfte zu zersplittern. Wir fordern die Bürgerinitiative auf, sich klar und eindeutig für die Initiative aus der Arbeiterklasse zu entscheiden, und zur Teilnahme an der gewerkschaftlichen Demonstration am 7.3. aufzurufen.

Die Basisgruppen der Universität werden am Montag, den 6.3. ein Teach-In zur Frage der Privatisierung und Tarifierhöhung veranstalten. Wir würden es begrüßen, wenn die Bürgerinitiative sich mit einem Beitrag daran beteiligte.

**Für eine machtvolle Demonstration gegen**

**Fahrpreiserhöhung und Privatisierung der**

**Stadtwerke!**

•••••

AKTIONSRAAT DER  
BASISGRUPPEN